

Ein Aggressor und kein Ende in Sicht

20. Februar 2024 – Vor zwei Jahren begann der Krieg in der Ukraine. Beim Parlamentsgespräch im Landtag zogen die Politikwissenschaftlerin Dr. Claudia Major und CNN-Korrespondent Frederik Pleitgen eine Bilanz der verheerenden Kriegsgeschehnisse und warnten vor den Folgen auch für Europa.

André Kuper, Präsident des Landtags, sagte zur Eröffnung der Podiumsdiskussion: „24 Monate Krieg, mitten in Europa. Leidende Menschen, zerstörte Städte, sinnloser Terror. Wir wünschen uns nichts sehnlicher als ein Ende dieses sinnlosen Krieges in der Ukraine.“ Der Schlüssel dafür liege in Moskau, nicht in Kiew. „Putin ist ein Aggressor, der die Demokratie bekämpft und unsere Freiheit offen bedroht“, sagte Kuper vor mehr als 180 Gästen: „Wir werden die mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer weiter unterstützen. Denn sie verteidigen nicht nur ihr eigenes Leben, sondern auch unsere Freiheit und Demokratie in Europa.“

Vor Beginn des Krieges habe er sich an der russisch-ukrainischen Grenze in Belgorod aufgehalten, erzählte Journalist Frederik Pleitgen, der für CNN berichtete. In der Nacht auf den 24. Februar 2022 seien die ersten Raketen in Charkiw eingeschlagen. Am Morgen hätten sich russische Panzer an der Grenze gesammelt – eine „Monsterkolonne“, in der Erwartung, die Schlacht in wenigen Stunden zu entscheiden. Die Russen hätten in Charkiw jedoch „richtig eins auf die Mütze gekriegt“. Putin habe die Lage völlig falsch eingeschätzt, die Ukrainerinnen und Ukrainer wiederum enormen Kampfgeist gezeigt. „Wenn sie ausreichend Waffen bekommen und noch mehr Leute mobilisieren“, so Pleitgens Einschätzung, „haben sie alle

Chancen, diesen Krieg zu gewinnen.“

Die Gegenwehr der ukrainischen Streitkräfte sei von Anfang an „beeindruckend“ und „heldenhaft“ gewesen, sagte Dr. Claudia Major, Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Der Westen habe zudem wichtige militärische Unterstützung geleistet; ohne sie würde die Ukraine als eigenständiger Staat heute nicht mehr existieren. Waffen- und Munitionslieferungen ließen aktuell allerdings auf sich warten. Die Ukraine könne sich nicht ausreichend verteidigen. Das führe zu „enormer Frustration“.

Zermürbungsstrategie

Die Ukraine verliere derzeit Territorien, die zuvor unter hohem „Blutzoll“ befreit worden seien. Russland verfolge eine Zermürbungsstrategie. Die Ukraine habe nur zwei Optionen: sich weiter zu verteidigen oder von Russland „besetzt und de facto vernichtet zu werden“. Das hätten die grauenhaften Bilder aus Mariupol, Butscha und Irpin gezeigt.

Entscheidend für den weiteren Verlauf des Krieges seien vier Faktoren: die Versorgung mit Waffen, die Mobilisierung weiterer Soldatinnen und Soldaten, die Finanzierung des Krieges sowie die internationale Unterstützung. In allen Punkten sei die Ukraine vom Westen abhängig.

Die Unterstützerstaaten hätten Waffen und Munition zuletzt allerdings nicht ausreichend geliefert, so die Einschätzung der Sicherheitsexpertin. „Dafür bezahlt die Ukraine jetzt den Preis.“

Der akute Munitionsmangel der Ukraine sei ein „riesiges Problem“, pflichtete Pleitgen bei. Russische Streitkräfte führten den Krieg in einer Weise, die für den Westen „absolut undenkbar“ sei: Reihenweise liefen russische Soldaten als „Kanonenfutter“ auf feindliche Stellungen zu. Die russische Armee lege keinen Wert auf das Individuum. Soldaten würden in den Krieg geschickt, um zu sterben.

Das habe sich zuletzt in der Region um Awdijiwka gezeigt, berichtete Pleitgen. Es sei „absolut schockierend“ gewesen, wie viele tote Russen auf den Schlachtfeldern ihr Leben gelassen hätten; laut Medienberichten rund 50.000 Soldaten in vier Monaten. Trotz der hohen Verluste der Russen habe die Ukraine den Angriffen nicht standhalten können, da es an Munition gefehlt habe.

Politologin Major wies darauf hin, dass Deutschland mit Ukraine-Hilfen im Gesamtwert von 30 Milliarden Euro nach den USA das zweitgrößte Geberland sei. Das sei beeindruckend, aber nicht genug. „Wir könnten noch mehr.“ Maßstab sei, was die Ukraine brauche, um sich verteidigen zu können. Sollte Russland den Krieg gewinnen, käme das den Westen teuer zu stehen. Die Botschaft gegenüber Machthabern sei zudem verheerend: „Ich komme damit durch – und kann es nochmal probieren.“

Vor Beginn der Diskussionsrunde dankte Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine, für das Gespräch im Landtag: Jede Gelegenheit, die „ukrainische Stimme zu erheben“, sei ein „Zeichen der Solidarität mit unserem Land“. Klar sei: „Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen.“ Zum Abschluss des Abends wurde im Landtagsforum der Dokumentarfilm „Freedom on Fire: Ukraine’s Fight for Freedom“ gezeigt. *tab*



Landtagspräsident André Kuper (r.) mit Journalist Frederik Pleitgen (v.l.), Moderatorin Sara Bildau, Politologin Dr. Claudia Major und Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine. Foto: Marcel Kusch

Mehr zum Thema auf [Seite 9](#)

Ein Mitschnitt des Parlamentsgesprächs ist in der [Mediathek](#) auf der Internetseite des Landtags abrufbar.



Demokratie – eine Aufgabe für alle

19. März 2024 – Der russische Angriffskrieg in der Ukraine, der eskalierte Nahostkonflikt, der Kampf gegen den Klimawandel, das Erstarken von Rechtspopulisten oder Hass und Hetze im Netz: Die Welt erlebt derzeit multiple Krisen und steht vor großen Herausforderungen, die auch bei Bürgerinnen und Bürgern zu Verunsicherung führen. Aber welche Auswirkungen hat das alles auf unsere Demokratie?



Landtagspräsident André Kuper



Unter der Moderation von Vivien Leue (l.) diskutierten ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten und der frühere Vizekanzler Franz Müntefering



Fotos: Zanin

Unter diese Leitfrage hatte der Präsident des Landtags, André Kuper, das Parlamentsgespräch im März gestellt. „Demokratie in unsicheren Zeiten: Ausnahmezustand als Dauerzustand?“ – so lautete der Titel der Podiumsdiskussion, zu der Kuper ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten und den früheren Vizekanzler und Bundesminister Franz Müntefering begrüßte.

„Unsere parlamentarische Demokratie ist die unverzichtbare Grundlage für Frieden und Freiheit, für Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, für soziale Marktwirtschaft und Wohlstand, für ein Leben und Zusammenleben in Vielfalt“, betonte der Präsident in seinem Grußwort. Er verwies darauf, dass das Grundgesetz, die Grundlage der bundesdeutschen Demokratie, in diesem Jahr 75 Jahre alt, wird und betonte: „Umso mehr müssen uns die aktuellen Problemlagen, mit denen demokratisches Handeln und Entscheiden konfrontiert ist, besorgen.“

Wichtig sei, dass man sich nicht die „Essenz“ der Demokratie kaputt machen lasse, mahnte Franz Müntefering. Anders als in der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik (1918–1933), hätten die Mütter und Väter des Grundgesetzes diese Essenz als Grundrechte festgeschrieben. Diese demokratischen Werte wie der Schutz der Menschenwürde seien das Entscheidende. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, zitierte Müntefering Artikel 1 des Grundgesetzes und ergänzte: „Wenn wir diesen Satz ernst nehmen, wissen wir, wo die Grenze sein muss, wenn

wir über Demokratie sprechen, wenn wir mit Menschen umgehen.“

Der frühere Vizekanzler erinnerte daran, dass die Demokratie nicht nur aus der politischen Ebene bestehe. Sie sei auch eine Gesellschaftsform und eine Lebensform und könne nicht allein durch den Staat geregelt werden. Auch im täglichen Umgang der Menschen werde die Demokratie gestärkt.

„Stresstest für die Demokratie“

ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten warnte vor „Alarmismus“. Aber tatsächlich sei die Demokratie einem „Stresstest“ ausgesetzt. Dies liege nicht nur an den derzeitigen Krisen, sondern auch an der Digitalisierung, die zu großen Veränderungen, zu einer Transformation der Gesellschaft, führe. So stelle sich die Frage, wie die Gesellschaft mit dem Thema Künstliche Intelligenz umgehe. Diese Entwicklungen sorgten für Unsicherheiten. Zugleich gebe es Grund zur Zuversicht. „Was für eine Chance für uns Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, dass wir in diesen Zeiten leben dürfen“, so die Journalistin.

Die Herausforderungen seien groß. Jeder habe die Chance, daran mitzuarbeiten, dass die Demokratie stärker werde. Wichtig sei, die Menschen mitzunehmen, komplizierte Sachverhalte zu erklären, Meinungen auszutauschen und in einer „zivilen Weise“ miteinander zu streiten. Schausten verwies auf die Sozialen Medien, in denen ein Ton Einzug gehalten haben,

bei dem man sich manchmal fürchte. Es gehe zu oft nur darum, Recht zu behalten, und es setzten sich in der Regel „die Lauten“ durch. Medienvertreterinnen und -vertreter würden beschimpft, es gebe Gewaltandrohungen auch gegen Politikerinnen und Politiker.

Auch Müntefering erinnerte an die Verantwortung jedes Einzelnen in der Demokratie. Wer wolle, habe die Möglichkeit, sich zu informieren und sich eine Meinung zu bilden. Er kritisierte, dass zu oft „alle eine Meinung“ hätten, „aber keiner Ahnung“. Man müsse urteilsfähig sein in einer Demokratie. Dafür müsse man auch etwas tun.

Schausten und Müntefering riefen die Bürgerinnen und Bürger auch auf, an Wahlen teilzunehmen. Und Müntefering mahnte: „Du kannst nicht nicht handeln.“ Nicht handeln, heiße: etwas zulassen. *wib*

Wenn Sie an einem Parlamentsgespräch teilnehmen möchten, nutzen Sie bitte das Anmeldeformular auf der Internetseite des Landtags: <https://lt.nrw/anmeldung>

Ein Video zum Parlamentsgespräch und den kompletten Mitschnitt finden Sie im Internet:

